



Interviews

Datum: 28.09.2022

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit **Britta Haßelmann, Bündnis 90/ Die Grünen, Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion**

Barbara Schmidt-Mattern: Ich kann das Thema jetzt vertiefen, die Energiepolitik in Deutschland und das Ringen um Atomkraft wie auch um einen Gaspreisdeckel oder eine Gasumlage, mit Britta Haßelmann, Fraktionschefin von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Guten Morgen, Frau Haßelmann!

Britta Haßelmann: Schönen guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern.

Schmidt-Mattern: Ihr Parteifreund, der Bundeswirtschaftsminister, kündigt jetzt an, Isar II und Neckarwestheim II bleiben über den 31. Dezember hinaus am Netz als Ersatzreserve. So ist es aktuell geplant. Als Grüne, wie schockiert sind Sie über diese Entscheidung?

Haßelmann: Erst mal ist es gut, dass der Wirtschaftsminister mit den AKW-Betreibern sich jetzt auf ein Konzept zur Einsatzreserve verständigt hat. Das sah ja nach dem Manöver von Preussen Elektra in den letzten Wochen erst mal nicht so aus. Da entstand ja große Verunsicherung, was jetzt Preussen Elektra will. Und dann kam die Leckage auch noch dazu, so dass jetzt klar ist, dass das vorgestellte Konzept, dass es zu einer Einsatzreserve kommen kann, wenn das notwendig wird wegen der Netzstabilität, dass das passieren kann.

Der Zustand der französischen AKW besorgt uns und es wäre am Ende sicher bitter, wenn wir wegen der verfehlten Energiepolitik in Frankreich hier eine Reserve der zwei AKW ziehen müssten. Stand jetzt ist aber erst mal, dass der Bundeswirtschaftsminister Habeck und die Ministerin für Reaktorsicherheit Eckpunkte für diese Ersatzreserve vorlegen und die Fragen der atomaren Sicherheit beantwortet werden müssen und jetzt als Grundkonzept alles vorbereitet wird.

Schmidt-Mattern: Frau Haßelmann, bekanntermaßen tut sich Ihre Partei mit jeder Art von Laufzeitverlängerung, die Kernkraft betreffend, schwer. Nun hat das Wirtschaftsministerium angekündigt, schnell das nötige Gesetz auf den Weg zu bringen, sprich die Änderung des Atomgesetzes, damit die Kraftwerke überhaupt länger am Netz bleiben können. Wird Ihre Fraktion im Bundestag, Bündnis 90/Die Grünen, dieser Änderung des Atomgesetzes zustimmen?

Haßelmann: Das wird jetzt ja alles beraten und ob der Betrieb der Anlagen notwendig wird, entlang der Grunddaten und Parameter und Stresstests, Netzstresstests, wird dann entschieden werden. Das hat ja Robert Habeck gestern deutlichgemacht und hat gesagt, dass aufgrund der besorgniserregenden Lage in Frankreich er davon ausgeht, dass die Wahrscheinlichkeit größer wird, dass wir ziehen müssen. Deshalb gehe ich jetzt davon aus, dass dieses Ersatzkonzept, die Einsatzreserve vorbereitet wird, wir uns dann parlamentarisch als Fraktion und in der Ampel damit befassen, denn das muss ja jetzt alles gut und sorgfältig vorbereitet werden. Der Zustand der Energieversorgung in Frankreich ist miserabel. Die Debatte darüber, dass wir die Einsatzreserve jetzt vorbereiten, um im Notfall eine Reserve zu haben mit Isar II und mit Neckarwestheim, ja, das wird jetzt alles gemacht. Das wird jetzt alles vorbereitet. Aber es darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir die Frage von Versorgungssicherheit, die Frage, wie wir die Preise dämpfen, die Frage, wie wir die Bürgerinnen und Bürger in der Krise entlasten und helfen, durch viele andere Maßnahmen jetzt bearbeiten müssen.

Schmidt-Mattern: Auf jeden Fall! Darauf kommen wir auch gleich noch. Ich glaube, das Szenario hin zur Laufzeitverlängerung ist ausreichend klar geworden. Deshalb aber noch einmal die Frage: Wird Ihre Bundestagsfraktion, aber auch die Partei der Grünen diese Entscheidung des Wirtschaftsministers mittragen?

Haßelmann: Wir haben vor kurzem, als er das Konzept vorgestellt hat zur Einsatzreserve, als Fraktionsvorsitzende bereits gesagt, wir werden ihn unterstützen, wenn ein solcher Vorschlag kommt. Jetzt sind die Vorbereitungen zu machen durch die Bundesregierung, die beiden federführenden Ministerien. Dann werden wir in Ruhe in der Fraktion und auch in der Partei – das steht ja schon fest – am 14. Oktober dazu beraten und dann werden wir entscheiden. So ist die Ausgangslage und wir haben immer deutlichgemacht, dass wir uns auf die Situation einstellen müssen für den Notfall, denn die Frage der Netzstabilität und die Frage ist, kann durch den Stresstest und andere Faktoren die Situation nicht abgedeckt werden.

Schmidt-Mattern: Bisher haben die Grünen immer erklärt, Sie selbst und auch der Wirtschaftsminister, Kernkraft ist eine Hochrisikotechnologie. Wie erklären Sie jetzt Ihren Wählern und Wählerinnen vor der Landtagswahl in Niedersachsen, dass Sie dennoch der Laufzeitverlängerung als Ampel-Koalition in Berlin freies Geleit geben?

Haßelmann: Es geht hier nicht um eine Laufzeitverlängerung; es geht auch nicht darum, die Atomenergie plötzlich nicht mehr als Hochrisikotechnologie zu sehen. Sie ist es und der Atomausstieg ist beschlossene Sache und dabei bleibt es auch, anders als die Fantastereien

mancher CDU/CSUler, die sich eine Laufzeitverlängerung von fünf, zehn, 15 Jahren wünschen oder den Bau dreier neuer Atomkraftwerke ankündigen. Wir haben bis heute kein Endlager. Wir haben keine sicheren Möglichkeiten für den atomaren Müll, wenn dann irgendwann mal die Zwischenlagerung abgeschlossen ist. Wir haben überhaupt keinen Überblick über die massiven Kosten, die uns die Atomenergie kosten wird. Und wir haben zentrale Sicherheitsfragen, denn in Deutschland gibt es eine sehr verantwortliche große wichtige Sicherheitsphilosophie bei den AKW. Und der Blick nach Frankreich, weil wir dabei sind, zeigt uns ganz deutlich, dass Hitze, Dürre, Kühlungsprobleme dazu geführt haben, dass mehr als die Hälfte der AKW nicht am Netz sind. Also: Atomenergie hat keine Zukunft. Der Ausstieg ist beschlossen.

Schmidt-Mattern: Frau Haßelmann, bitte geben Sie mir auch zwischendurch Gelegenheit, noch eine Frage zu stellen. – Sie haben gerade auf die CDU verwiesen, die eine ausführlichere Laufzeitverlängerung fordert. Auch Ihr Koalitionspartner, die FDP fordert das. Welche neuen Konflikte kommen da innerhalb der Ampel auf Sie zu?

Haßelmann: Der Atomausstieg zum 31. 12. 2022 ist beschlossene Sache und das ist auch vereinbart zwischen den Ampel-Partnern. Da gibt es keinen neuen Sachverhalt. Wir müssen uns jetzt darauf konzentrieren, durch die Frage des Ausbaus der erneuerbaren Energien, durch Energieeinsparung, durch Energieeffizienz endlich weiterzukommen, nach vorne zu kommen in Sachen Energieversorgung. Aus meiner Sicht wird Tag und Nacht daran gearbeitet, dass wir die Gasspeicher füllen, dass wir die Erneuerbaren und das, was wir uns als Ampel vorgenommen haben, auch realisieren. Diese Frage über die Einsatzreserve verstellt ja den Blick darauf, dass wir zukunftsgerichtet jetzt investieren müssen.

Die FDP hat da eine andere Auffassung als Bündnis 90/Die Grünen. Union und FDP haben wir den Ausstieg vom Ausstieg zu verdanken in der Wahlperiode 2009 bis 2013 und das war ein sehr teures Manöver letztlich für die Bürgerinnen und Bürger. Die Schäden und die Situation in Frankreich zeigt uns ganz deutlich, dass Atomenergie bei aller Versorgungsfrage, die wir zu diskutieren haben, gerade keine Zukunft hat.

Schmidt-Mattern: Frau Haßelmann, dann lassen Sie uns auf einen weiteren Punkt kommen, nämlich die umstrittene Gaspreisbremse, die jetzt die Gasumlage, die Sie gar nicht mehr so gerne haben wollen in der Koalition, ablösen soll. Für diese neue Gaspreisbremse, über die Sie zurzeit beraten, sind neue Finanzmittel notwendig. Woher sollen die kommen?

Haßelmann: Aus meiner Sicht ist vollkommen klar: Wenn die Gasumlage jetzt nicht kommt, brauchen wir natürlich einen Ersatz. Wir diskutieren gerade über diese Gaspreisbremse oder einen Gaspreisdeckel. Im Mittelpunkt steht immer und überall bei jeder konzeptionellen Idee

das Abfedern der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Energiekrise für die Bürgerinnen und Bürger, für die Wirtschaft und das Handwerk.

Schmidt-Mattern: Ich fragte nach der Finanzierung.

Haßelmann: Ja! Wir müssen bei der Finanzierung einfach klar haben, wir brauchen dafür Geld. Es muss Investitionen geben. Und wir brauchen auch Überbrückungshilfen. Wir brauchen Stützungshilfen für die Betriebe, für das Handwerk, für die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb werden wir nicht in die Krise hineinsparen, sondern eine Notlage ist bereits da. Ob wir das über ein Sondervermögen realisieren, ob wir das über einen Nachtragshaushalt realisieren, das werden wir in der Ampel jetzt zu entscheiden haben. Aber die Wirtschaftshilfen und auch die Stützungsmaßnahmen und sozialen Abfederungen sind notwendig und die müssen wir tragen.

Schmidt-Mattern: Sowohl ein Nachtragsetat als auch ein Sondervermögen bedeuten im Klartext neue Schulden. Das würde zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gehen, die zugleich ja auch Verbraucherinnen und Verbraucher sind. Die Opposition, unter anderem die Linkspartei, aber auch der DGB halten fest an einer Übergewinnsteuer, einer Vermögensabgabe, zum Beispiel auch einer Vermögenssteuer und der Abschaffung klimaschädlicher Subventionen. Was ist daran so falsch, dass die Ampel sich dafür nicht einsetzt?

Haßelmann: Die klimaschädlichen Subventionen, da sind wir natürlich als Grüne dafür. Das haben wir immer wieder deutlichgemacht. Die umweltschädlichen Subventionen bieten uns die Möglichkeit zu investieren, wenn wir sie anders einsetzen würden, also abbauen und das Geld für etwas Anderes nehmen. Wir haben hier den Abbau des Dienstwagenprivilegs ins Gespräch gebracht. Da gab es Widerstände beim Koalitionspartner. Das haben wir bisher als Dreierbündnis nicht geeint. Wir sind auch übereingekommen als Ampel, dass wir die Übergewinne abschöpfen. Ob wir das dann Übergewinnsteuer nennen oder Abschöpfung von Übergewinnen, das ist ein wichtiger Schritt. Letztlich geht es darum, und dafür werden wir auch Sorge tragen müssen, dass starke Schultern in der Krise mehr schultern als schwache.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.